



Unions-Wirtschaftspolitiker fordern

Sofortprogramm gegen wirtschaftlichen Abstieg

Mittelstand, Industrie und Handwerk im Blick: bei ihrer zweitägigen Tagung in München haben die wirtschaftspolitischen Sprecher aller Unionsfraktionen in Bund und Ländern die Ampelregierung aufgefordert, mit einem Sofortprogramm die Existenzgefährdung von Industrie und Mittelstand zu stoppen.

In der entsprechenden Resolution, die einstimmig verabschiedet wurde, wird auf die Wichtigkeit von sicherer und bezahlbarer Energie für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verwiesen. Ziel ist dabei insbesondere die entsprechende Senkung der Energiepreise. Gefordert werden unter anderem Maßnahmen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke bis Ende 2024 zur Überbrückung des Hochlaufs der Erneuerbaren sowie die Unterstützung der Betriebe bei ihren Energieinvestitionen. Für Deutschland wird zudem ein Jahrzehnt der Beschleunigung gefordert, was den Infrastrukturausbau angeht sowie wettbewerbsfähige Steuern mit einer Senkung der Unternehmenssteuer auf 25 Prozent und einen umfassenden Bürokratieabbau.

Dazu die wirtschaftspolitische Sprecherin der CSU-Fraktion, Kerstin Schreyer:

„Die Ampel setzt das Fundament unseres Wohlstands aufs Spiel. Wir fordern nicht weniger als eine komplette Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik, um zu verhindern, dass Betriebe ins Ausland gehen und Arbeitsplätze bei uns wegfallen. Bezahlbare und sichere Energie, inklusive des Weiterlaufens der Atomkraftwerke bis Ende 2024 ist hier der Schlüssel. Wir setzen auf Technologieoffenheit und Investitionsförderung statt auf Ideologie und Planwirtschaft. Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen und unseren Unternehmen endlich wieder mehr Raum für Innovation und Investitionen geben“.

Bei der Tagung in München wurde zudem Winfried Mack von der CDU-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg zum neuen wirtschaftspolitischen Sprecher aller Unionsfraktionen in Bund und Ländern gewählt.

Die verabschiedete Resolution im Wortlaut finden Sie im Anhang.

Erklärung der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in Bund und Ländern vom 30. Januar 2023

Politik für Industrie, Mittelstand und Handwerk

Mittelstand, Industrie und Handwerk sind das **Fundament unseres Wohlstands** in Deutschland. Dieses Fundament ist durch die Auswirkungen der **Corona-Pandemie, Lieferengpässe, Inflation und die Energiekrise massiv belastet**. Die Bundesregierung muss daher dringend ihren wirtschaftspolitischen Kurs ändern und aufhören, die Deindustrialisierung und Existenzgefährdung unserer energieintensiven Unternehmen billigend in Kauf zu nehmen und die Produktionsverlagerungen ins Ausland als klimapolitischen Erfolg zu verkaufen. Wichtig ist jetzt, alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Energieangebot zu erhöhen und die Energiepreise auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Sichere und bezahlbare Energie ist die Grundlage für einen wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Industriestandort.

Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen: Voraussetzung für den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien sind die richtigen Rahmenbedingungen auf Bundesebene in Energierecht, -regulierung und -förderung. Hier ist zentral, die Planungs- und Genehmigungszeiten deutlich zu verkürzen. Zudem ist ein machbarer und realistischer Ausgleich zwischen volatiler und regelbarer Energie zu beachten. Die riesigen Potenziale der **Geothermie** müssen durch eine deutliche Erhöhung der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze und die schnelle Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Fündigkeitsrisikoversicherung endlich gehoben werden. Es müssen in allen Bundesländern mehr geeignete Flächen für Windkraft zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich der **Windkraft** ist eine bessere Vereinbarkeit mit Artenschutz, seismologischen Anlagen und Luftfahrt sicherzustellen. Es muss insbesondere auf die Erhaltung der Art ankommen und nicht auf das einzelne Tier. Der Ausbau der **Photovoltaik** ist durch verbesserte Ausschreibungsverfahren, eine höhere finanzielle Kommunalbeteiligung, die Beseitigung der unverhältnismäßigen Begrenzung bei Floating-PV-Anlagen und die Einführung eines bundesweiten PV-Speicherprogramms zu beschleunigen. **Wasserkraft und Bioenergie** müssen als wichtige regionale, grundlastfähige und nachhaltige Energieträger endlich ebenfalls gleichwertig in den Blick genommen werden und beim Ausbau unterstützt werden. Die Grundlastfähigkeit unserer erneuerbaren Energien müssen wir erhöhen. Der **Netzausbau** muss deutlich beschleunigt werden, um die großen Mengen an Erneuerbarer Energie auch transportieren zu können. Darüber hinaus muss die Stromnachfrage durch einen schnellen Roll-Out von **intelligenten Stromzählern** (Smart Meter), die dynamische Tarife ermöglichen, besser mit dem schwankenden Angebot in Einklang gebracht werden.

Hochlauf der erneuerbaren Energien überbrücken: Wir müssen die Nutzung aller Energiequellen und heimischen Vorkommen vorurteilsfrei prüfen. Eine

Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke bis Ende 2024 kann die Strompreise bis zu zwölf Prozent senken und die Versorgungssicherheit erhöhen. Die Bundesregierung muss daher unverzüglich die Beschaffung neuer Brennstäbe in die Wege leiten. Auch Erdgas werden wir noch auf absehbare Zeit als gesicherte und grundlastfähige Energie benötigen. Daher müssen wir die **Bezugsquellen für Erdgas ausbauen und maximal diversifizieren**. Die Bundesregierung muss hierzu auf EU-Ebene mehr Durchschlagskraft und Gestaltungswillen zeigen. Einhergehen muss dies mit einer vollständigen Ertüchtigung der Erdgasleitungen, -speicher und -kraftwerke für einen schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

Deutschland zum Wasserstoffland machen: Für eine dekarbonisierte Wirtschaft und Industrie brauchen wir große Mengen an Wasserstoff (oder Derivate wie Methanol oder Ammoniak). Auch wenn langfristig ausschließlich grüner Wasserstoff Verwendung finden soll, sind in der Zwischenzeit auch blauer oder türkiser Wasserstoff sinnvoll. Die Zeichen müssen auf **Technologiefreiheit** stehen. Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft muss jetzt angegangen werden. **Netzbetreiber** stehen in den Startlöchern, um große Wasserstoffleitungen zu errichten oder bestehende Gasinfrastrukturen umzurüsten. Dazu bedarf es eines vernünftigen regulatorischen Rahmens. Zu hohe Entflechtungsvorschriften, Gedankenspiele zu einer staatlichen Wasserstoffnetzgesellschaft oder nicht ausreichende Amortisationsmodelle stehen dem entgegen. Förderprogramme für **Elektrolyseure** müssen einfach und unbürokratisch sein. Deutschland muss sich weltweit um belastbare und diversifizierte **Lieferbeziehungen** bemühen.

Betriebe bei Energieinvestitionen unterstützen: Insbesondere durch bessere **Abschreibungsmöglichkeiten** und eine sofortige Absetzbarkeit für die energetische Ertüchtigung von Wirtschaftsgebäuden müssen unsere Betriebe bei Investitionen zur Reduzierung des Energiebedarfs unterstützt werden. Hinzukommen muss eine dauerhafte Energiepreisentlastung durch eine **Reform der hausgemachten Preistreiber aus Energieabgaben und -steuern** auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau. Bei der **Strom- und Gaspreisbremse** muss schnellstens nachgebessert werden, damit diese wirksam werden können. Der Bund muss nationale bürokratische Sonderregelungen korrigieren und auf eine Änderung des zugrundeliegenden EU-Beihilferahmens hinwirken. Die **Härtefallhilfen** für kleine und mittlere Unternehmen müssen – wie mit Bund und Ländern vereinbart – für alle Energiearten erfolgen.

Industrieland bleiben – Klimaneutral werden: Als Hochtechnologieland müssen Energieforschung und ein **technologieoffener Ansatz** entscheidende Bausteine unserer Energiepolitik sein. Das Thema **Kernfusion** zeigt, wie wichtig es ist, Forschung auch mit längerfristiger Perspektive voranzutreiben. Um die beschlossene Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, bedarf es einer immensen Kraftanstrengung. Technische Probleme müssen technisch gelöst werden; Ideologie darf nicht wirksamen Klimaschutz verhindern. Die **CCS (Carbon Capture and Storage)** bzw.

CCU-Technologie (Carbon Capture and Utilization) wird dabei ein wichtiges Instrument sein, da sie sowohl dabei helfen kann, Emissionen zu vermeiden, als auch negative Emissionen zu erzielen. Zum Beispiel in den Zement-, Stahl- und Chemiewerken setzen wir auf das Abscheiden, Nutzen oder Verpressen dieser klimaschädlichen Emissionen. Wir begrüßen die Einsicht des Bundeswirtschaftsministers nach seiner Reise nach Norwegen, dass CCS und CCU eine unabdingbare Voraussetzung für Klimaneutralität ist. Wir fordern gleichzeitig, dass die Bundesregierung noch im 1. Halbjahr 2023 die rechtlichen Hürden in Deutschland dafür beseitigt und einen Masterplan CCS und CCU für Deutschland vorlegt. Daneben müssen rasch Bedarfspläne für CCS in den Ländern aufgestellt werden, um die Pipelinekapazitäten planen und schaffen zu können. Das **Kohlendioxid-Speichergesetz** aus dem Jahr 2012 muss überarbeitet werden. Ebenfalls muss die Änderung des sog. London-Protokolls ratifiziert werden, um bilaterale Abkommen mit anderen Staaten zum Transport und zur Speicherung von CO₂ schließen zu können.

Deutschland braucht ein Jahrzehnt der Beschleunigung: Für eine Modernisierung unseres Landes und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft brauchen wir eine deutliche Beschleunigung sämtlicher Infrastrukturvorhaben. Das Tempo bei den LNG-Terminals muss der neue Standard für Deutschland sein. Bei der Errichtung und Instandsetzung von Brücken, Straßen, Schienenwegen, Wasserstraßen und dem Umbau von Industrieanlagen brauchen wir Geschwindigkeit.

Wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben: Voraussetzung für unseren zukünftigen Wohlstand ist, dass unsere Unternehmerinnen und Unternehmen aus Mittelstand und Handwerk hier bei uns in Deutschland investieren, Innovationen vorantreiben und **Arbeitsplätze** schaffen. Wichtige Investitionsanreize gehen von der Steuerpolitik aus. Wir müssen daher in Deutschland insbesondere die **Unternehmenssteuern** auf 25 Prozent senken. Zudem müssen effektive Maßnahmen gegen die hohe Steuerlast und immer weiter steigende **Sozialabgabenbelastung** ergriffen werden.

Innovationen fördern: Investitionen in betriebliche Innovationen müssen besser unterstützt werden, u.a. durch eine Ausweitung der **Forschungszulage** mit einer Anhebung des Fördersatzes und der Erhöhung der maximal förderfähigen Aufwendungen. Dabei muss **Technologieoffenheit** von Anfang an gewährleistet sein. Nach wie vor gibt es in Deutschland auch zu wenige **Gründerinnen und Gründer**, und das Wissen wandert in andere Länder ab. Hier müssen wir weiter ansetzen. Mit Gründerschutzzonen, mehr Möglichkeiten für Experimentierräume in Gesetzen und besseren Finanzierungsmöglichkeiten von der Idee bis zum Markterfolg müssen wir stärkere Anreize setzen. **Ausgründungen aus der Wissenschaft** und den Transfer von der Forschung in die Anwendung müssen wir verbessern. Zudem müssen wir eine Digitalisierungsoffensive starten, denn wir können uns keine Verzögerungen auf dem Weg in die **Plattform- und Datenökonomie** mehr leisten. Für transparente Strukturen und Kommunikationswege wollen wir eine Bündelung und Stärkung der Digital-

Kompetenzen. Das Onlinezugangsgesetz muss ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden.

Qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte sind Dreh- und Angelpunkt für die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe. Wir müssen daher an **allen Stellschrauben ansetzen**, Investitionen in **Bildung und Betreuung** erhöhen, die Bedingungen für mehr und bessere berufliche Bildung und Qualifikation schaffen, die **Berufsorientierung** an allen allgemeinbildenden Schulformen etablieren und ausweiten, den Anteil von Frauen und Menschen über 55 Jahren bei der **Erwerbsbeteiligung** steigern, **Aus- und Weiterbildung** vorantreiben, auch unkomplizierte Teil- und Nachqualifizierungen, Arbeitslose qualifizieren und Deutschland attraktiver für **internationale Fachkräfte** machen. Arbeitsmärkte müssen insgesamt flexibler werden, insbesondere braucht es eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit.

Bürokratieabbau: Wir sehen in überbordender Bürokratie ein riesiges Hemmnis für die zukünftige Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen und für neue Unternehmen. Ein wesentlicher Baustein unserer Standortpolitik muss daher ein durchgreifender und spürbarer Bürokratieabbau mit der **Digitalisierung, Standardisierung** und **Vereinfachung** aller Verwaltungsprozesse sein. **Vertrauen in die Wirtschaft geht vor Kontrolle**. Wir setzen auf das Prinzip „One In, Two Out“: Wenn eine neue Regelung getroffen werden soll, müssen dafür konsequent an anderer Stelle zwei bestehende Regulierungen gestrichen werden, um die Belastungen dauerhaft zu reduzieren. Dabei darf es keine Ausnahme bei der Anwendung von europäischem Recht oder Klimaschutzmaßnahmen geben. Ferner bedarf es einer konsequenten 1:1-Umsetzung von europäischen Vorgaben in nationales Recht. Um neue Bürokratie zu vermeiden, muss Gesetzgebung systematisch auf Vollzugs- und Praxistauglichkeit geprüft werden. Das insbesondere für Handwerk und Mittelstand extrem aufwändige **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz** ist aus der Zeit gefallen und muss entweder deutlich praxsnäher ausgestaltet werden oder ansonsten auf Bundesebene ausgesetzt und auf EU-Ebene gestoppt werden. Ganz grundsätzlich muss die **EU-Gesetzgebung** auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet und ein **Belastungsmoratorium** auf Bundes- und EU-Ebene umgesetzt werden.

Außenhandel stärken: Als Exportland wird jede Form der De-Globalisierung zu Wertschöpfungsverlusten für uns führen. Auf die geopolitischen Herausforderungen müssen wir daher mit einer **Diversifizierung und Ausweitung unserer Außenhandelsstrategie** reagieren anstatt mit Abschottung und Renationalisierung. Freihandel und die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft müssen wir gezielt stärken. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die **Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen**, die für viele Wirtschaftszweige von existenzieller Bedeutung ist, sowie von systemrelevanten gesundheits- und pharmazeutischen Produkten. Wir müssen daher neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen und die heimische Rohstoffgewinnung stärken.